



# ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald **Extra**  
November 2021

**Guten Tag!**

Während sich unsere Politiker noch mit der Koalitionsbildung beschäftigen, steigen die Verbraucherpreise inflationär und die soziale Not nimmt neue Ausmaße an. Der Trend zu Altersarmut nimmt zu. Dies spüren besonders die Rentner, die den zur Aufstockung ihrer Rente nötigen Nebenjob in der Pandemie verloren haben. Das Gefälle zwischen Arm und Reich wird immer krasser.

Eines gilt schon jetzt als sicher: Soziale Belange spielen in den Koalitionsverhandlungen nur eine untergeordnete Rolle und mit höheren Renten ist nicht zu rechnen. Es muss schon fast als sozialdemokratische Errungenschaft gewertet werden, wenn Olaf Scholz verkündet: „Das Rentenniveau wird nicht weiter gesenkt“.

Im Gegenteil! Mit der FDP in der Regierung melden sich schon die neoliberalen Verbände und Interessensgruppen, besonders aus der Versicherungswirtschaft, die auch noch unser bescheidenes Rentenniveau infrage stellen und als nicht finanzierbar abkanzeln. Mit ihren Medien im Rücken rechtfertigen die Renten-Privatisierer ihre Beutetour.



Dabei veranschaulicht ein Blick über die Grenzen, dass die Renten im Verhältnis zu denen unserer europäischen Nachbarn sehr bescheiden ausfallen. **In Österreich kommt der Standard-Rentner nach 45 Beitragsjahren auf 2.214 Euro Bruttorente, während es in Deutschland nur 1418 Euro und somit etwa 800 Euro weniger sind.** Auch der Beitragssatz liegt in Österreich mit 22,8 % nicht wesentlich höher als bei uns mit 18,6%, wobei der Arbeitnehmeranteil nur 0,95 % höher ist als bei uns.

Auch in Schweden, Dänemark, Italien oder Frankreich sind die Renten deutlich höher als bei uns. So bleibt unser Dilemma, dass unsere Politiker nicht fähig und willens sind, mit einer vernünftigen Steuer- und Abgabepolitik für einen sozialen Ausgleich zu sorgen.

R. Weber

## Gekaufte Politik?

Die Politiker des neuen Deutschen Bundestages sind, wie wir glauben sollen, nur ihrem Gewissen verpflichtet. Dabei weiß jeder, dass Lobbyismus und Parteispenden die Willensbildung entscheidend beeinflussen. Kein Wunder also, dass interessierte Wirtschaftskreise den Rubel rollen lassen und Steuersenkungsparteien begünstigen, wie man auf den Seiten des Bundestages sehen kann.

Spenden über 50.000 Euro sind Gemäß § 25 Abs. 3 Satz 2 und 3 des Parteiengesetzes meldepflichtig und werden veröffentlicht.

Am großzügigsten waren die Kapitalisten mit der FDP, die in diesem Jahr schon mit 4.507.454 Euro beglückt wurde, gefolgt von der CDU mit 3.685.003 Euro und Bündnis 90 Die Grünen mit 3.440.550 Euro. Mit lediglich 175.000 Euro für die SPD und 55.000 Euro für die Linke waren die Großspender sehr zurückhaltend. Die Spender mit ihren Finanzberatern wissen selbstredend, wie man Zuwendungen steuersenkend absetzt.

P.J. Bosse

**V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt**

**E-Mail [rfa@mail.de](mailto:rfa@mail.de)**

